

Knappe Ressourcen

Rohstoffversorgung. Von Batterien über Medizintechnik bis hin zu Windrädern – metallische und mineralische Rohstoffe sind in vielen Produkten unverzichtbar. Zugleich ist die Versorgung mit den knappen Materialien mit vielen Risiken behaftet. Die Bundesregierung plant deshalb eine neue Rohstoffstrategie. Näheres dazu erläutert Elisabeth Winkelmeier-Becker, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

IW-Konjunkturumfrage und -prognose

Während die Industrie mit Problemen kämpft, bleiben andere Branchen auf Wachstumskurs. Insgesamt kann die deutsche Wirtschaftsleistung 2020 leicht zulegen.

—> [Seiten 6-7](#)

Ehegattensplitting

Die Besteuerung von Ehepaaren steht im Ruf, Frauen von der Berufstätigkeit abzuhalten. Doch die Suche nach einem alternativen Steuermodell ist kompliziert.

—> [Seiten 12-13](#)

Sichern, sparen, ersetzen



Rohstoffversorgung. Viele Industrieprodukte sind ohne den Einsatz metallischer und mineralischer Rohstoffe nicht denkbar. Deren Vorkommen lassen sich häufig aber nur mit viel Aufwand erschließen und lagern in risikobehafteten Ländern. Umso wichtiger ist für Deutschland eine zukunftsorientierte Versorgungsstrategie, an der sowohl die Unternehmen als auch der Staat mitwirken.

Das war ein herber Rückschlag: Vor wenigen Wochen stoppte die Regierung Boliviens ein geplantes deutsch-bolivianisches Joint Venture, mit dem ab 2022 etwa 30.000 bis 40.000 Tonnen Lithiumhydroxid aus dem Salzsee von Uyuni in Bolivien gewonnen werden sollten.

Das Beispiel zeigt, wie schwierig es sein kann, die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit wichtigen Rohstoffen zu sichern – immerhin ist Lithium ein essenzieller Bestandteil von Batterien für Elektroautos.

Der Fall verweist zudem auf einen wesentlichen Risikofaktor bei der Rohstoffversorgung: die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Förderländern.

So können Korruption, fehlende Rechtssicherheit, eine mangelhafte Transportinfrastruktur oder militärische Konflikte die Verfügbarkeit von Rohstoffen für deutsche Unternehmen beeinträchtigen. Zudem hinterfragen die Verbraucher hierzulande zunehmend die sozialen und ökologischen Bedingungen beim Abbau von Rohstoffen, was die weiterverarbeitenden Unternehmen gegebenenfalls dazu zwingt, ihr Lieferantennetzwerk anzupassen.

Darüber hinaus müssen die rohstoffverarbeitenden Unternehmen häufig mit starken Preisschwankungen zurechtkommen. Diese ergeben sich unter anderem daraus, dass sich

die Rohstoffförderung nur langsam an eine steigende Nachfrage anpassen kann. Denn zusätzliche Vorkommen zu erschließen, ist meist technologisch aufwendig und kostspielig.

Nicht zuletzt beschränken sich die relevanten Vorkommen oft auf wenige Länder, und die Produktion oder Weiterverarbeitung der Rohstoffe wird von einer geringen Zahl von Unternehmen kontrolliert.

All dies wirkt sich umso stärker auf die Versorgung hierzulande aus, je weniger alternative Rohstoffe es für bestimmte Produkte oder Technologien gibt.

Die genannten Einflussgrößen fasst der Rohstoff-Risiko-Index der IW Consult zusammen. Er belegt,

dass es für viele in der Industrie derzeit unverzichtbare Rohstoffe hohe Versorgungsrisiken gibt.

Ganz oben im Ranking steht ein Metall, das für die Verkehrswende in Deutschland eine entscheidende Bedeutung hat (Grafik Seite 3):

Kobalt, das vor allem in Batterien für E-Autos zum Einsatz kommt, erhält im Rohstoff-Risiko-Index auf einer Skala von 0 bis 25 den hohen Risikowert 20,8 – und wird in fast allen Kategorien des Index kritisch bewertet.

Vorkommen und Förderung konzentrieren sich in Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo, Russland und Kuba – allesamt als risikoreich eingestufte Staaten.

E-Mobilität braucht Rohstoffe

Globaler Bedarf an Kobalt und Lithium in diesen Einsatzgebieten in Tonnen

		Kobalt	Lithium
2016	Batterien für Elektromobilität	11.400	3.800
	Alle Batterietypen	47.600	12.200
	Insgesamt	103.500	33.000
2026 (konservatives Szenario)	Batterien für Elektromobilität	50.100	77.000
	Alle Batterietypen	103.300	94.500
	Insgesamt	187.500	121.300
2026 (dynamisches Szenario)	Batterien für Elektromobilität	84.800	130.700
	Alle Batterietypen	140.400	148.100
	Insgesamt	225.400	174.900

Quellen: Deutsche Rohstoffagentur, IW Consult
© 2019 IW Medien / iwd

Rohstoff-Risiko-Index: Wo Engpässe drohen

Der Rohstoff-Risiko-Index der IW Consult misst die Risiken der Rohstoffversorgung für die deutsche Wirtschaft anhand von acht Indikatoren. Diese erfassen für jeden der 45 untersuchten Rohstoffe unter anderem die aktuelle Reichweite der Vorkommen, die politischen und ökonomischen Risiken in den Förderländern, Preisentwicklungen und -schwankungen sowie die Bedeutung des Rohstoffs für Zukunftstechnologien.

Indexwert für die zehn am kritischsten bewerteten Rohstoffe auf einer Skala von 0 (geringstes Risiko) bis 25 (höchstes Risiko)

		Verwendungsbeispiele
Kobalt	20,8	Batterien, Katalysatoren
Tantal	20,3	Medizintechnik
Gallium	19,1	Photovoltaik, Elektronik
Wolfram	19,1	Leuchtmittelindustrie, Metallurgie
Niob	18,4	Stahlindustrie, Elektronik
Rhodium	18,1	Auto-, Chemie- und Schmuckindustrie
Yttrium	18,0	Reaktortechnik, Röhrentechnik
Indium	17,9	Optik, Elektronik
Mangan	17,9	Eisen- und Stahlindustrie, Batterien
Fluorit	17,8	Stahlindustrie, Gießereien

Stand: 2019; der Index wurde auf der Basis zahlreicher externer Informations- und Datenquellen erstellt

Quelle: IW Consult
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Bei der Kobaltgewinnung und -weiterverarbeitung dominieren chinesische Unternehmen den Weltmarkt. Die Käufer des Rohstoffs mussten in den vergangenen Jahren außerdem immer wieder starke Preisausschläge verkraften.

Die aktuell bekannte Menge der Kobalt-Vorkommen wird zwar als weniger problematisch eingestuft – doch das dürfte sich schon bald ändern. Denn der Trend zur Elektromobilität wird den Bedarf an Kobalt in den kommenden Jahren stark in die Höhe treiben (Grafik Seite 2):

Im Jahr 2016 wurden für Batterien, die in E-Fahrzeugen eingesetzt wurden, weltweit 11.400 Tonnen Kobalt benötigt – 2026 könnten es fast 85.000 Tonnen sein.

Noch stärker wird zum gleichen Zweck wohl die globale Nachfrage nach Lithium wachsen. Im Rohstoff-Risiko-Index steht Lithium zwar nur

auf Rang 16, gilt aber mit einem Indexwert von 16,5 ebenfalls als stark risikobehaftet – der Fall des deutsch-bolivianischen Joint Ventures zeigt, dass dieses Risiko durchaus real ist.

Die weiteren Platzierungen im Index weisen auf die vielen Industriebranchen hin, die beim Thema Rohstoffe mit Versorgungsrisiken konfrontiert sind. Tantal auf Rang zwei zum Beispiel wird benötigt für die Herstellung von Instrumenten und Implantaten in der Medizintechnik, für den Bau von Apparaten in der Chemieindustrie sowie für Kondensatoren. Gallium kommt überwiegend in der Optik und Elektronik zum Einsatz; Wolfram findet Anwendung in der Leuchtmittelindustrie sowie in Stählen und Legierungen, die für Turbinen, Brennstoffzellen oder Hochtemperaturöfen gebraucht werden.

Vor diesem Hintergrund ist es für die Unternehmen in Deutschland

entscheidend, Rohstoffrisiken soweit wie möglich zu minimieren. Große Betriebe können zu diesem Zweck versuchen, die Rohstoffgewinnung in die eigenen Produktionsstrukturen zu integrieren.

Für andere Firmen geht es eher darum, die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen zu reduzieren – indem sie die Materialeffizienz steigern, verstärkt recyceln oder im Zuge neuer Produktionsverfahren die bisherigen Rohstoffe durch andere Materialien substituieren.

Preis- und Versorgungsrisiken lassen sich zudem durch eine Diversifikation der Lieferanten, Vorratshaltung sowie langfristige Lieferverträge verringern.

Der deutsche Staat und die EU können die Wirtschaft unterstützen, indem sie sich für einen freien Welthandel und den gesicherten Zugang der Unternehmen zu den Rohstoffmärkten einsetzen. Insbesondere ist es sinnvoll, mit den Regierungen der Förderländer zu kooperieren, um dort internationale Minen- und Bergbaustandards sowie Umwelt- und Sozialnormen umzusetzen. Eine Maßnahme in diesem Kontext sind die Rohstoffpartnerschaften, die Deutschland derzeit mit Kasachstan, der Mongolei und Peru unterhält.

Zu den weiteren Aufgaben des Staates gehört es, die Grundlagenforschung zu fördern – unter anderem mit dem Ziel, die Rohstoffabhängigkeit der deutschen Unternehmen durch den Einsatz neuer Technologien zu verringern.

Gutachten

Cornelius Bähr, Agnes Ricci: Rohstoff-situation der bayerischen Wirtschaft, Gutachten der IW Consult im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. – vbw

iwkoeln.de/rohstoffsituation



Interview. *Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung eine neue Rohstoffstrategie vorlegen, die die Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen verbessern soll. Was die neue Strategie von der alten aus dem Jahr 2010 unterscheidet, erläutert **Elisabeth Winkelmeier-Becker**, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie.*



Foto: René Schwerdtel

„Wir wollen, dass Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen sicher bezogen werden können“

Warum braucht Deutschland eine neue Rohstoffstrategie?

Wir brauchen Rohstoffe für Zukunfts- und Schlüsseltechnologien. Für die Elektromobilität sind beispielsweise Kobalt und Lithium nötig, in Windkraftanlagen werden seltene Erden verbaut. Je weiter diese Technologien ausgebaut werden, desto stärker wächst unser Rohstoffbedarf. Mit der Rohstoffstrategie möchten wir sicherstellen, dass wir solche Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen sicher beziehen können. Gleichzeitig achten wir bei der Fortschreibung der Rohstoffstrategie auf Umwelt- und soziale Aspekte der Rohstoffgewinnung.

Minister Peter Altmaier hat im Mai 2019 angekündigt, in diesem Jahr in interessante Rohstoffländer zu

fahren, um bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Welche Länder hat er besucht? Und wie schlägt sich das in der neuen Rohstoffstrategie nieder?

Direkte Kontakte in die Rohstoffländer sind natürlich wichtig. Wir halten mit vielen rohstoffreichen Ländern Kontakt. Mit einigen haben wir Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Rohstoffbereich geschlossen. Es bestehen Rohstoffabkommen mit der Mongolei, Kasachstan und Peru. Hinzu kommen Rohstoffkooperationen mit Australien, Chile und Kanada. Diese Rohstoffpartnerschaften dienen der Bundesregierung und der deutschen Industrie als Optionen zur Sicherung der Rohstoffversorgung und verfolgen zudem das Ziel, über Dialogplattformen

men wie etwa Regierungsarbeitsgruppensitzungen oder Rohstoff-Foren einen Austausch über das gesamte Themenspektrum aus dem Bergbau- und Rohstoffbereich zu ermöglichen.

Parallel wurden mithilfe des Bundeswirtschaftsministeriums an sechs Auslandshandelskammern – in Australien, Brasilien, Chile, Kanada, Peru und Südafrika – Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe eingerichtet. Diese Kompetenzzentren unterstützen deutsche Unternehmen im ausländischen Markt unter anderem auch in Fragen der Rohstoffsicherung.

Bundesminister Altmaier beabsichtigt, in naher Zukunft im Rahmen einer Lateinamerikareise auch rohstoffpolitisch wichtige Länder zu besuchen.

Die im Jahr 2011 geschlossene Rohstoffpartnerschaft zwischen Deutschland und der Mongolei hat kein einziges Vorhaben verwirklicht. Sind Rohstoffpartnerschaften ein tragfähiges Modell für die Rohstoffsicherung?

Der Erfolg einer solchen Partnerschaft bemisst sich nicht nur an der Höhe der Investitionen deutscher Unternehmen im mongolischen Rohstoffsektor. Ein großer Erfolg der deutsch-mongolischen Rohstoffpartnerschaft ist beispielsweise die 2013 eröffnete Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie. Im Sommer 2018 haben dort die ersten Absolventen ihr Bachelorstudium beendet. Zudem hat sich die im Rahmen der Partnerschaft gegründete Regierungsarbeitsgruppe als wichtiges Gremium erwiesen, um deutsch-mongolische Wirtschaftsprojekte auch außerhalb des Rohstoffsektors voranzubringen. Die Zurückhaltung deutscher Unternehmen bei Investitionen im Bergbau- und Rohstoffbereich ist zudem kein spezifisch deutsch-mongolisches Phänomen. Deutsche Unternehmen investieren generell selten im ausländischen Bergbau.

Die neue Strategie setzt unter anderem auf verstärkten Rohstoffabbau in der Bundesrepublik. Statistisch wird in Deutschland aber von 100 Bergbauinitiativen nur eine Mine realisiert, außerdem kommen viele Rohstoffe hierzulande gar nicht vor. Für welche Rohstoffe ist das Schürfen in Deutschland wirtschaftlich überhaupt sinnvoll?

Die Wirtschaftlichkeit eines Projekts hängt von vielen Bedingungen ab, angefangen mit der Qualität der Lagerstätten. Dies können und müssen aber die Unternehmen vor Ort beurteilen. Richtig ist, dass – abhängig vom Rohstoff – nur ein kleiner Teil von Erkundungen tatsächlich zur Erschließung von Lagerstätten führen. Wenn man sich die Zahlen zum heimischen Bergbau ansieht, so werden die meisten in Deutschland benötig-

ten Baurohstoffe wie Sand, Kies und Natursteine auch hierzulande gewonnen. Außerdem wird eine erhebliche Menge an Kali- und Kalisalzprodukten in Deutschland abgebaut und aufbereitet. Aufgrund der geologischen Gegebenheiten ist Deutschland in der Tat bei vielen Metallen auf Importe angewiesen. Ob neue technologische Lösungen, beispielsweise bei der Gewinnung von Lithium, neue Möglichkeiten der Gewinnung von Metallen auch in Deutschland eröffnen, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Einige Projekte in früher Phase gibt es dazu bereits.

Sie wollen auch das Rohstoffrecycling forcieren – wie und mit welchen Mitteln?

Ein entscheidender Hebel, um den Anteil der Rohstoffversorgung durch Sekundärrohstoffe zu steigern, ist ein ambitioniertes Abfallrecht. Hierbei sind für das Bundeswirtschaftsministerium technische Machbarkeit und wirtschaftliche Zumutbarkeit wichtige Leitplanken. Denn wir betreiben kein Recycling um des Recyclings willen. Bereits jetzt haben wir in Deutschland hohe Recyclingquoten, die durch EU-Recht und nationales Recht ambitioniert erhöht wurden. Wichtig ist dabei, dass die gewonnenen Rezyklate hochwertig sind. Nur so haben sie auch eine Chance auf dem Markt. Hierfür ist eine leistungsfähige und hochinnovative Entsorgungswirtschaft, über die wir in Deutschland verfügen, unabdingbar.

Recycelte Rohstoffe sind oft teurer als neu gewonnene Rohstoffe. Wie wollen Sie dieses Dilemma lösen?

Diese Aussage gilt nicht für alle Stoffströme. Bei Kunststoffrezyklaten mag sie zutreffen, doch diese sind nicht Teil der Rohstoffstrategie. In vielen Bereichen, etwa bei Aluminium, wird bereits jetzt recyceltes Material marktgetrieben eingesetzt.

Welche Rolle spielen Ressourceneffizienz und -vermeidung in der neuen Strategie?

Ressourceneffizienz und -vermeidung sind zwei wichtige übergreifende Ziele, die auch in der Rohstoffstrategie adressiert werden. Dabei greift die Strategie auf das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm ProgRess zurück. Ziel ist, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern. Dazu formuliert ProgRess unterschiedliche Maßnahmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, also von der Rohstoffgewinnung über Produktgestaltung, Produktion und Konsum bis hin zur Wiederverwertung. Dabei setzen wir auf Anreize und freiwillige Maßnahmen. ProgRess wird alle vier Jahre fortgeschrieben. Die nächste Fortschreibung steht für 2020 an.

Bau und Konsum geben Halt

IW-Konjunkturumfrage und -prognose. Globale politische Risiken und offen ausgetragene Handelskonflikte belasten die weltweite Konjunktur. Dies trifft die exportorientierte deutsche Industrie hart. Auf Wachstumskurs bleiben dagegen der private und öffentliche Konsum sowie die Bauwirtschaft. Unterm Strich wird die deutsche Wirtschaft damit im Jahr 2020 gerade noch ein Plus erzielen.

Seit Anfang 2018 hat sich die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland erheblich abgeschwächt. Die Industrie steckt in einer Rezession – die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist zwischen dem 1. Halbjahr 2018 und dem dritten Quartal 2019 kalender- und saisonbereinigt um fast 6 Prozent geschrumpft. Der Automobilbereich verzeichnete sogar ein Minus von mehr als 15 Prozent – die Branche muss einen Strukturwandel bewältigen und, getrieben von der Klimadebatte, die Frage nach den Antriebstechnologien von morgen beantworten.

Auch wenn sich andere Wirtschaftsbereiche wie Dienstleistungen und Bauwirtschaft bis zuletzt besser entwickelt haben, ist die Skepsis hinsichtlich des weiteren Konjunkturtrends groß – wie die aktuelle IW-Befragung von gut 2.300 Unternehmen zeigt (Grafik Seite 7):

Fast ein Drittel der Unternehmen in Deutschland rechnet damit, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr schlechter laufen werden als 2019 – nur ein Viertel erwartet eine Verbesserung.

Von den industriellen Herstellern von Vorleistungs- und Investitionsgütern halten sogar rund 40 Prozent eine sinkende Produktion für wahrscheinlich, nur 23 Prozent sind optimistisch. In den Servicebranchen und der Bauwirtschaft sind die Erwartungen zwar positiver, doch auch dort ist die Zuversicht geringer als in den zurückliegenden Jahren.

Vor diesem Hintergrund schafft die deutsche Wirtschaft insgesamt laut IW-Konjunkturprognose vorerst kaum mehr als eine Seitwärtsbewegung (Tabelle):

In diesem Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt lediglich um 0,5 Prozent wachsen, 2020 ist ein Plus von 0,9 Prozent drin.

Der etwas höhere Wert für das kommende Jahr ergibt sich allerdings nicht zuletzt daraus, dass dann durch die

IW-Prognose für Deutschland 2019 und 2020

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	1,4	0,9	0,3
Arbeitslosenquote	5,2	5,0	5,0
Arbeitsvolumen	1,3	0,5	0,6
Produktivität	0,3	0,0	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	0,9
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,3	1,5	0,9
Konsumausgaben des Staates	1,4	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	3,5	2,7	1,2
– Ausrüstungen	4,4	1,0	-0,5
– Sonstige Anlagen	4,3	2,7	2,5
– Bauten	2,5	3,8	1,9
Inlandsnachfrage	2,1	0,9	1,2
Export	2,1	1,1	0,8
Import	3,6	2,2	1,2
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,8	1,4	1,4
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	1,9	1,4	0,3

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Lage der Feiertage fast vier Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als 2019.

Weitere Ergebnisse der IW-Prognose und -Umfrage im Einzelnen:

- **Außenhandel.** Der ungeklärte Brexit, die Streitigkeiten zwischen den USA und China sowie viele politische Krisenherde – all diese Einflüsse tragen dazu bei, dass die globale Wirtschaft 2019 und 2020 mit jeweils etwa 2 ¾ Prozent relativ schwach wächst. Das Welthandelsvolumen ist zuletzt sogar geschrumpft. Angesichts dessen behauptet sich die deutsche Exportwirtschaft noch recht gut – die realen Ausfuhren werden in diesem Jahr um 1,1 Prozent und 2020 um 0,8 Prozent wachsen.

Dies setzt allerdings voraus, dass sich die geopolitische Lage und die Handelsstreitigkeiten nicht verschärfen. Die vom IW befragten Betriebe sind da offenbar skeptisch:

Nur noch 15 Prozent der Unternehmen halten einen Exportzuwachs im Jahr 2020 für wahrscheinlich, 28 Prozent gehen dagegen von einem schwächeren Auslandsgeschäft aus.

Damit überwiegen erstmals seit der Finanzmarktkrise von 2009 die pessimistischen Stimmen.

• **Investitionen.** Das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld mit seinen Folgen für die heimische Industrie wirkt sich auch auf das Investitionsklima aus. Negativ bemerkbar machen sich außerdem einige Rahmenbedingungen am Standort. Denn auf fehlende Fachkräfte, verteilungspolitisch motivierte Kostenbelastungen – Beispiel: Arbeitsmarktregulierung – sowie Unklarheiten in der Energie- und Klimapolitik antworten die Firmen mit Zurückhaltung:

Laut IW-Umfrage wollen nur knapp 26 Prozent der Unternehmen ihre Investitionsbudgets 2020 ausweiten, 30 Prozent planen dagegen Kürzungen.

Geprägt von einem starken Rückgang im dritten Quartal 2019 werden die gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen 2020 real um 0,5 Prozent sinken, wobei im Jahresverlauf wieder leicht steigende Investitionen in neue Maschinen und Anlagen zu erwarten sind.

Die Bauinvestitionen werden dagegen 2020 erneut spürbar zulegen – preisbereinigt immerhin um 1,9 Prozent. Die wesentlichen Impulse kommen allerdings von Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand sowie vom privaten Wohnungsbau. Letzterer profitiert von der bis zuletzt guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung, den weiterhin niedrigen Zinsen und staatlichen Anreizen wie dem Baukindergeld.

• **Arbeitsmarkt.** Die schwächere Konjunktur hinterlässt zunehmend Spuren auf dem Arbeitsmarkt. So wurden den Arbeitsagenturen im Zeitraum Januar bis Oktober 2019 zwar 1,8 Millionen offene Stellen gemeldet – das waren jedoch 160.000 weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Und die Zahl der Kurzarbeiter war im November 2019 mit etwa 80.000 doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Dennoch kommt der Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre – seit 2009 sind in Deutschland nahezu 4,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden – nicht völlig zum Erliegen:

Nach 0,9 Prozent in diesem Jahr wird die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr noch um 0,3 Prozent steigen.

Die Arbeitslosigkeit wird allerdings nicht weiter zurückgehen – das IW geht für 2020 im Schnitt von knapp 2,3 Millionen registrierten Arbeitslosen aus.

• **Konsum.** Die gute Arbeitsmarktentwicklung in den vergangenen zehn Jahren und die damit verbundenen Einkommenszuwächse haben die realen privaten Konsumausgaben um beachtliche 16 Prozent steigen lassen. Inzwischen haben sich die Beschäftigungsperspektiven zwar eingetrübt, dennoch bleibt die Stimmung der Konsumenten auf einem im langfristigen Vergleich hohen Niveau. Da zudem die Verbraucherpreise in diesem und im kommenden Jahr noch moderater steigen als im Jahr 2018, wird der private Konsum weiter zulegen – 2020 immerhin noch um knapp 1 Prozent.

Aus IW-Trends 4/2019

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Konjunktur tritt auf der Stelle – IW-Konjunkturprognose und IW-Konjunkturumfrage Winter 2019
iwkoeln.de/konjunkturprognose

Konjunktur: Viele Unternehmen sind skeptisch

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2020 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
Produktion	31,7	24,7	31,1	27,2	31,6	25,1
Exporte	27,9	16,0	30,2	10,0	28,2	15,2
Erträge	38,0	22,4	38,6	22,0	38,1	22,3
Investitionen	30,0	26,0	30,3	25,0	30,0	25,9
Beschäftigung	29,3	21,4	25,3	22,2	28,7	21,5

Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 1.851 Unternehmen in Westdeutschland und 469 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2019
© 2019 IW Medien / iwd

Wer kann das noch zahlen?

Pflegekosten. Immer mehr Menschen sind pflegebedürftig – und die Pflege wird für sie immer teurer, weil die Eigenanteile in den vergangenen Jahren durch die Decke gegangen sind. Wie viel der Einzelne dazuzahlen muss, hängt außerdem stark vom Bundesland ab: Besonders viel wird in Baden-Württemberg fällig, während die jüngsten Kostensteigerungen in Mecklenburg-Vorpommern am heftigsten ausfielen.

Jede Pflegeeinrichtung in Deutschland stellt ihren Bewohnern monatlich eine Rechnung: Aufgelistet sind darin der Pflegesatz, der die Pflege und die soziale Betreuung beinhaltet, die sogenannten Hotelkosten für Unterkunft und Verpflegung sowie die Investitionskosten, die die Heimbetreiber auf die Bewohner umlegen. Unterm Strich ergeben sich so hohe Kosten. 3.000 Euro und mehr sind keine Seltenheit.

Zwar muss ein Pflegebedürftiger diese Rechnung nicht gänzlich zahlen – die Pflegeversicherung übernimmt nach Pflegegrad gestaffelt einen Teil der Pflegekosten. Dennoch bleibt der Eigenanteil hoch. In den vergangenen Jahren ist er zudem deutlich gestiegen:

In der niedrigsten Pflegestufe eins musste ein Betroffener 2001 im Bundesdurchschnitt 164 Euro pro Monat zuzahlen – 2015 waren es bereits 428 Euro.

In den einzelnen Bundesländern haben sich die Eigenanteile ganz unterschiedlich entwickelt: Während Pflegebedürftige in Brandenburg und Thüringen zur Jahrtausendwende noch nichts privat zur Pflegestufe eins beisteuern mussten, zahlten sie im Jahr 2015 bereits 299 Euro in Brandenburg und 110 Euro in Thüringen. Den stärksten Anstieg der Privatkosten in derselben Pflegestufe verzeichnete das Saarland:

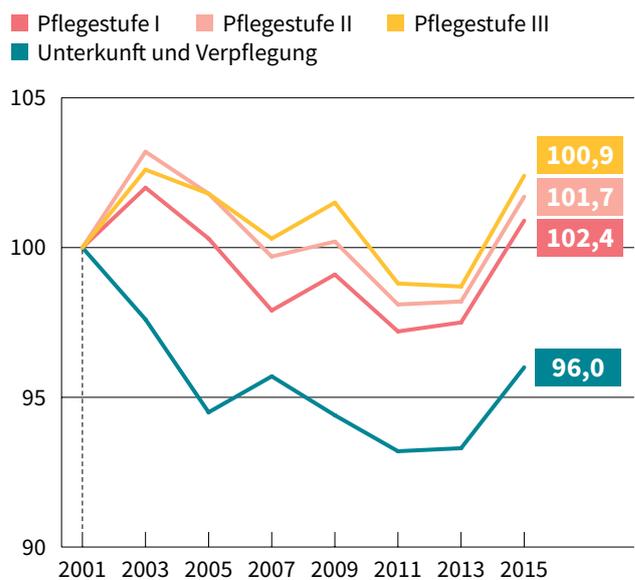
Zwischen 2001 und 2015 sind die privaten Pflegekosten im Saarland von 41 Euro auf 667 Euro monatlich gestiegen.

Die unterschiedlichen Kosten sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Länder eigene Personalquoten festlegen und dass sich die Lohnstruktur in der Pflege in den Bundesländern unterscheidet.

Der flächendeckende Kostenanstieg kann derweil nicht mit einer allgemeinen Kostenzunahme im Pflegektor erklärt werden, denn eine übermäßige Preissteigerung in den Jahren 2001 bis 2015 ist nicht zu erkennen (Grafik):

Die Pflegekosten haben sich kaum erhöht

Entwicklung der realen Pflegesätze in Deutschland, 2001=100



Pflegesatz: Entgelt, das den Bewohnern einer Einrichtung für Pflegeleistungen je nach Pflegestufe in Rechnung gestellt wird

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

In einigen Jahren ist die Entwicklung der Pflegekosten im Bundesdurchschnitt sogar deutlich hinter dem allgemeinen Preistrend zurückgeblieben.

Auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, die von Pflegebedürftigen gänzlich aus eigener Tasche bezahlt werden müssen und so den Eigenanteil maßgeblich beeinflussen, sind nur moderat gestiegen. Erst seit 2013 kann überhaupt von einem Mehr an Pflegekosten die Rede sein.

Die Kostenmisere hat vielmehr einen anderen Grund: Mehr als ein Jahrzehnt wurden die gesetzlichen Versiche-

rungsbeiträge nicht an die Preisentwicklung angepasst. Somit sind zwar die Pflegekosten im Vergleich zur allgemeinen Preisentwicklung nicht besonders stark gestiegen – der Versicherungszuschuss zur Pflege ist aber immer weiter geschrumpft:

Die Leistung der Pflegeversicherung ist zwischen 1999 und 2015 in den Pflegestufen eins und zwei real um gut 18 Prozent gesunken.

Im Jahr 2015 wurden die Beiträge für die Pflegestufen eins und zwei erstmalig angehoben. Nur die Zuschüsse in Pflegestufe drei wurden in den Jahren davor schrittweise erhöht – mit sehr überschaubarem Effekt: Die Leistung der Pflegeversicherung hat sich auch in der dritten Stufe in preisbereinigter Rechnung um 11 Prozent verringert.

Entsprechend deutlich sind die privaten Zuzahlungen in die Höhe geschossen. Für viele Pflegebedürftige und ihre Familien bedeuten sie mittlerweile eine große finanzielle Belastung. Angesichts der alternden Bevölkerung in Deutschland dürfte sich das Kostenproblem noch vergrößern, falls keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Auch die bislang letzte Pflegereform hat an diesem Befund nichts geändert – im Gegenteil. Zur Erinnerung: Die bis dato geltenden drei Pflegestufen wurden im Rahmen der im Jahr 2017 in Kraft getretenen Reform in fünf Pflegegrade umgewandelt. Seither wird der Eigenanteil eines Pflegebedürftigen nicht mehr anhand seiner Pflegestufe festgelegt, sondern je Pflegeeinrichtung einheitlich berechnet.

Ziel der Maßnahme seitens der Politik war es, die ambulante Pflege für Menschen mit niedrigem Pflegegrad attraktiver zu machen und in den Pflegeheimen verstärkt Betroffene mit einem hohen Pflegegrad zu versorgen.

Die Reform hat den Anstieg der Eigenkosten allerdings nicht gebremst (Grafik):

In allen Bundesländern sind die privaten Pflegekosten im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr noch einmal gestiegen.

Am teuersten ist die Pflege für die Betroffenen in Baden-Württemberg, dort müssen Pflegebedürftige monatlich 953 Euro aus eigener Tasche zahlen – das sind 15 Prozent mehr als 2018. Auch in Berlin, Bayern und dem Saarland ist der Eigenanteil hoch.

Am günstigsten ist die Pflege in den neuen Bundesländern – allerdings hat sich dort der Privatbeitrag am stärksten erhöht: In Thüringen müssen Pflegebedürftige aktuell monatlich 355 Euro zuzahlen – ein Plus von 66 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Mecklenburg-Vorpommern zahlen Pflegebedürftige in diesem Jahr sogar 78 Prozent mehr als noch 2018.

In der Politik ist man sich des anhaltenden Pflegekostenproblems zwar bewusst, überzeugende Lösungen liegen aber noch nicht auf dem Tisch. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat mit der Zwei-Säulen-Strategie einen eigenen konkreten Reformvorschlag entwickelt, mit dem die Belastungen für die Pflegebedürftigen begrenzt werden könnten (siehe Seiten 4–5). Demnach gäbe es künftig neben der gesetzlichen Pflegeversicherung eine Versicherung, mit der die Eigenanteile in der Pflege verlässlich abgesichert wären. Vor allem jungen Menschen käme dieser zusätzliche Baustein in der Pflegefinanzierung zugute, da eine Eigenanteilsversicherung die nachfolgenden Generationen nicht zusätzlich belastet.

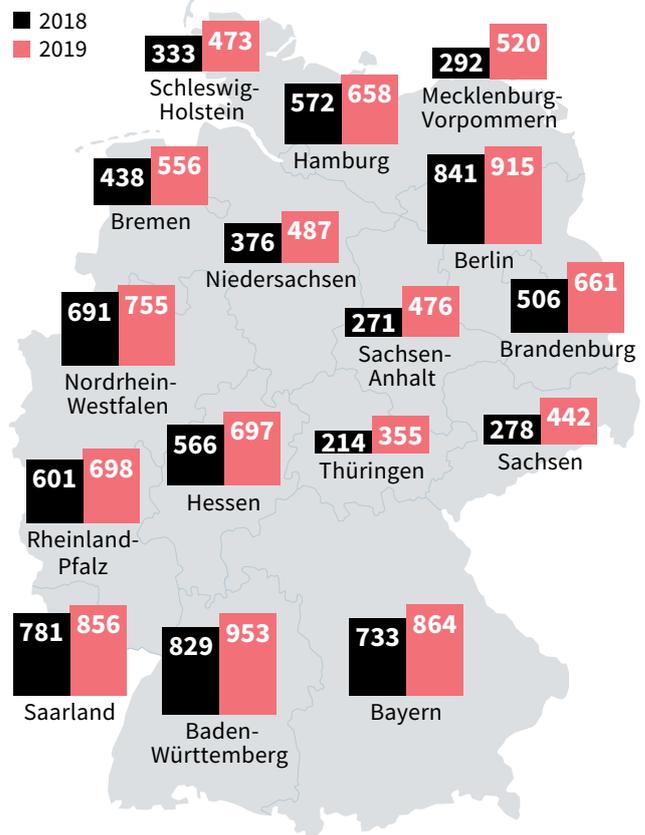
IW-Report 41/2019

Susanna Kochskämper: Pflegeheimkosten und Eigenanteile – Wird Pflege immer teurer?

iwkoeln.de/pflegekosten

Die privaten Kosten für die Pflege steigen

So hoch ist der einrichtungseinheitliche Eigenanteil, der zur Pflege monatlich dazugezahlt werden muss, in Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Zwei Säulen für die Pflege

Pflegefinanzierung. Die Pflegeversicherung in Deutschland übernimmt nur einen Teil der Pflegekosten, einen immer höheren Prozentsatz müssen die Betroffenen selbst stemmen. Die Politik will den Eigenanteil nun zwar deckeln, doch das würde zu anderen Problemen führen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) plädiert deshalb für eine zweite, kapitalgedeckte Säule für die Pflegefinanzierung.

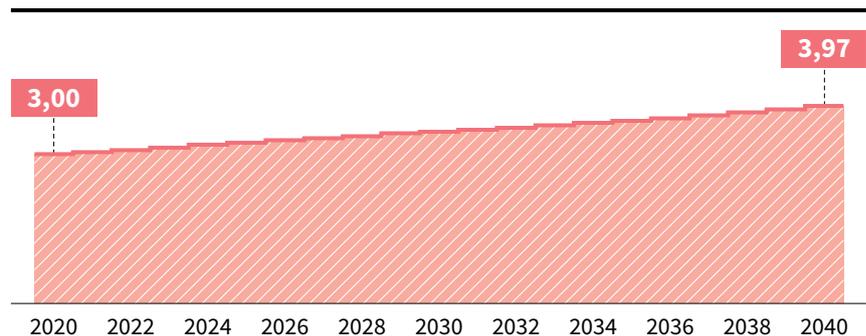
Teilleistungsversicherung – dieser technokratische Begriff steht für die Misere der gesetzlichen Pflegeversicherung in Deutschland: Die finanziellen Leistungen je Versicherten sind gedeckelt, einen automatischen Inflationsausgleich gibt es nicht. Und die Pflegekosten werden immer weiter steigen – nicht zuletzt, weil die Politik beispielsweise mit der „Konzertierten Aktion Pflege“ beschlossen hat, das Lohnniveau in der Pflege anzuheben. Das führt dazu, dass die Versicherten oder ihre Angehörigen immer mehr zuzahlen müssen, sobald sie zum Pflegefall werden (siehe Seiten 2–3).

Der Bundesregierung ist dieses Problem bewusst – doch das Patentrezept, es zu lösen, fehlt ihr bislang. Denn schon die bisherige Teilleistungsversicherung wird immer teurer werden, wie das IW in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Institut der Privaten Krankenversicherung, kurz WIP, errechnet hat (Grafik):

In den nächsten 20 Jahren wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung um knapp einen Prozentpunkt zulegen – wenn die Ausgaben im Gleichschritt mit den Einnahmen steigen und das Leistungsangebot unverändert bleibt.

Beitrag zur Pflegeversicherung: Und steigt und steigt und steigt

Voraussichtliche Entwicklung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung in Prozent des Einkommens, wenn die Einnahmen pro Kopf mit derselben Rate wachsen wie die Ausgaben und lediglich der demografische Effekt die Beitragssätze treibt



Beitragsprojektion: konservative Schätzung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Der Grund dafür liegt in Deutschlands Demografie: Es gibt immer mehr ältere Einwohner, die deutlich häufiger als junge Bürger auf Leistungen der Pflegeversicherung angewiesen sind.

Jede Ausweitung des Leistungsspektrums in der Pflege würde also die ohnehin steigenden Beitragssätze weiter in die Höhe treiben.

Allerdings wird genau das in der Politik aktuell diskutiert. Die Eigenanteile zur Pflegeversicherung – so die Reformidee – sollen künftig einen bestimmten Betrag nicht überschrei-

ten dürfen. Die Pflegeversicherung soll dann alle übrigen Kosten übernehmen.

Der von einigen Parteien präferierte Plan, den Eigenanteil festzuschreiben – auch bekannt als „Sockel-Spitze-Tausch“ – würde dazu führen, dass die Sozialhilfe entlastet wird: Sie übernimmt bislang den Eigenanteil, wenn der Versicherte und seine Angehörigen diesen nicht oder nur teilweise stemmen können. Finanziert wird die Sozialhilfe aus Steuermitteln. Sprich: Besserverdiener finanzieren über die Sozialhilfe

die Eigenanteile finanziell schlechtergestellter Versicherter mit.

Gleichzeitig würde aber der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wohl deutlich stärker zulegen als im bisherigen System, weil alle Kostensteigerungen über Beiträge finanziert werden müssten.

Und: Die Pflegeversicherung greift nur auf laufende Einkommen zurück, und das auch nur bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze. Die Quersubventionierung via Sozialhilfe und Steuersystem würde sich also zulasten jüngerer Beitragszahler-Generationen verschieben.

Darüber hinaus könnte ein entsprechender Kostendeckel dazu führen, dass Pflegebedürftige und ihre Familien nur so lange auf Pflegeleistungen verzichten, bis sie ihren maximalen Eigenanteil ausgeschöpft haben. Ist dieses Limit erreicht, fehlt den Versicherten jeder Anreiz, Pflegeleistungen nur wohlüberlegt abzurufen.

Aus diesen Gründen rät das IW vom Sockel-Spitze-Tausch ab und macht sich stattdessen für eine zweite Versicherungssäule stark (siehe Interview Seite 6):

Neben der gesetzlichen Pflegeversicherung soll es künftig ein Angebot geben, mit dem die Eigenanteile abgesichert werden können.

Im IW-Konzept soll diese Eigenanteilsversicherung kapitalgedeckt finanziert werden. Wie in der privaten Krankenversicherung würden dadurch dann nicht jüngere für ältere Versicherte zur Kasse gebeten. Vielmehr würde jede Generation für den eigenen Versicherungsfall sparen.

Zur Folge hätte das IW-Modell allerdings zwangsläufig, dass die Versicherungsprämie für all jene, die zu Versicherungsbeginn bereits älter sind, höher ausfiele – denn wer bereits in jungen Jahren für den

Pflegefall vorsorgen kann, hat einfach mehr Zeit, Kapital anzusparen.

Die Politik könnte den Reformvorschlag auch so gestalten, dass die Belastung der Senioren überschaubar bleibt, indem sie einen Höchstbeitrag für die Eigenanteilsversicherung festlegt. Das würde dazu führen, dass die Kosten zwischen den Generationen auch im kapitalgedeckten System anders verteilt werden müssten (Grafik):

Ohne Höchstbeitrag würde ein 90-Jähriger 167 Euro Versicherungsprämie im Monat zahlen, wenn die Versicherung noch im Jahr 2019 eingeführt wird. Ein 20-Jähriger käme lediglich auf einen Beitrag von 10 Euro.

Läge der Höchstbeitrag dagegen bei 50 Euro, würde sich der Satz des Greises entsprechend reduzieren, während der 20-Jährige 15 Euro im

Monat aufbringen müsste. Dafür hätte der Nachwuchs aber die Gewissheit, dass ihm keine anderen versteckten Kosten drohen. Allerdings müssten dann alle Bürger verpflichtet werden, dieser Versicherung beizutreten.

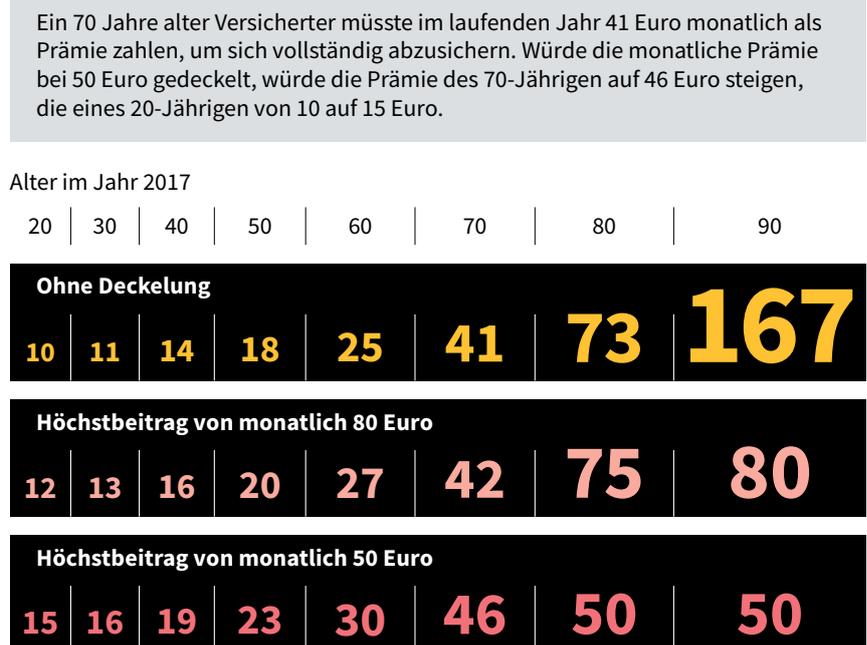
Ein weiterer Vorteil der Zwei-Säulen-Strategie liegt laut IW darin, dass sie die Politik disziplinieren könnte: Kostensteigerungen in der Pflege würden sich sofort negativ auf die Versicherungsprämie auswirken, jede Form der Effizienzsteigerung indes positiv.

IW-Policy Paper 12/2019

Susanna Kochskämper, Christine Arentz, Maik Moritz: Zwei-Säulen-Strategie in der Pflegefinanzierung – Einführung einer Eigenanteilsversicherung iwkoeln.de/pflegereform

Über 80 wird es teuer

Würde noch im Jahr 2019 eine kapitalgedeckte Eigenanteilsversicherung für die Pflegeversicherung eingeführt, läge die monatliche Versicherungsprämie je nach Alter des Neuversicherten bei so viel Euro



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Reformieren – aber wie?

Ehegattensplitting. Die Art und Weise, wie Ehepaare in Deutschland besteuert werden, steht seit geraumer Zeit unter Beschuss: Das Splitting verhindere, dass Frauen berufstätig sein und Karriere machen wollen, weil vom Einkommen des Zweitverdieners nach Steuern zu wenig übrig bleibe – so der Vorwurf. Doch die Suche nach einem effizienten und gerechten Alternativmodell ist kompliziert.

Bei der Besteuerung von Ehepaaren geht es vor allem um ökonomische Effizienz: Die individuell bevorzugte Aufteilung zwischen Erwerbstätigkeit, Hausarbeit und Freizeit soll durch das Steuersystem möglichst wenig beeinträchtigt werden. Um das Steuerrecht entsprechend zu gestalten, ist deshalb zu klären, wie der Entscheidungsprozess in einer Ehe abläuft:

Entscheidet ein Ehepaar gemeinsam über die Aufteilung der Hausarbeit – einschließlich Kinderbetreuung – und der Erwerbsarbeit,

dann ist das Ehegattensplitting das effizienteste Modell. Die Einkommen der Ehepartner werden dabei addiert und die Hälfte der Summe wird bei jedem Partner anhand des linearprogressiven Tarifs besteuert. Das erzielte Familieneinkommen steht in dieser Erwerbsgemeinschaft also beiden Partnern gleichermaßen zur Verfügung.

Möchten die Ehepartner unabhängig voneinander entscheiden, ob und wie viel sie arbeiten, kann das Ehegattensplitting dagegen ein Hindernis darstellen. Denn der

Grenzsteuersatz für den Zweitverdiener ist bei der Zusammenveranlagung deutlich höher als bei einer individuellen Besteuerung. Das kann den Anreiz zur Arbeitsaufnahme oder -ausweitung reduzieren.

Dies ist auch insofern bedeutsam, als der Staat im Fall einer Scheidung erwartet, dass der zuvor nicht oder nur geringfügig erwerbstätige Ehepartner sich anschließend wieder selbst versorgen kann – also ein eigenes Einkommen bezieht. Wer aber während der Ehe lange Zeit nicht oder kaum berufstätig war, wird später oft nur schwer einen Job finden. Dieser Zusammenhang fällt in der politischen Diskussion bislang meist unter den Tisch.

Vor diesem Hintergrund hat das Institut der deutschen Wirtschaft sechs Alternativen zum Ehegattensplitting untersucht. Deren Vergleich wird allerdings dadurch erschwert, dass sie – auf der Basis des heutigen Erwerbsverhaltens von Ehepaaren – zum Teil sehr unterschiedliche Einkommenseffekte bewirken (Grafik):

Je nach gewähltem Modell würde eine Reform des Ehegattensplittings die Haushalte steuerlich um bis zu 15,8 Milliarden Euro entlasten – oder aber ihre Steuerlast um bis zu 14,9 Milliarden Euro erhöhen.

Gemeinsam ist den meisten Reformoptionen, dass die Zusam-

Ehegattensplitting: Die Steuereffekte möglicher Reformen

Um so viele Milliarden Euro würden Ehepaare in Deutschland steuerlich belastet (+) beziehungsweise entlastet (-), wenn das Ehegattensplitting durch eines der folgenden Modelle ersetzt würde

Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag		14,9
Ehegattenrealsplitting mit übertragbarem Grundfreibetrag		7,7
Individualbesteuerung mit zusätzlichem Ehefreibetrag	-15,8	
Familienrealsplitting		3,8
Familientarifsplitting	-15,5	
Kombiniertes Ehegattenreal- und Familientarifsplitting	-6,3	

Datenstand: 2019; Berechnungen ohne Solidaritätszuschlag

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

menveranlagung eingeschränkt wird. Die Modelle im Einzelnen:

• **Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag.** Dieses Modell bedeutet die größtmögliche Einschränkung des Ehegattensplittings, denn nach herrschender Meinung von Steuerexperten würde eine reine Individualbesteuerung von Ehepartnern gegen die Verfassung verstoßen. Das Konzept sieht vor, dass der Grundfreibetrag – quasi das Existenzminimum des Ehepartners – vom zu versteuernden Einkommen des Alleinverdieners abzugsfähig sein soll. Bezieht der Zweitverdiener jedoch ein eigenes Einkommen und nutzt seinen Grundfreibetrag aus, entfällt die steuerliche Berücksichtigung beim Erstverdiener.

• **Ehegattenrealsplitting mit übertragbarem Grundfreibetrag.** In dieser Variante kann ein Betrag bis zu einer bestimmten Höhe – zum Beispiel dem Grundfreibetrag – vom Erstverdiener zum Ehepartner steuerlich verschoben werden, um dessen geringeren Steuersatz auszunutzen. Der Unterschied zum zuvor beschriebenen Modell besteht vor allem darin, dass es keine Rolle spielt, ob der Ehepartner erwerbstätig ist oder nicht.

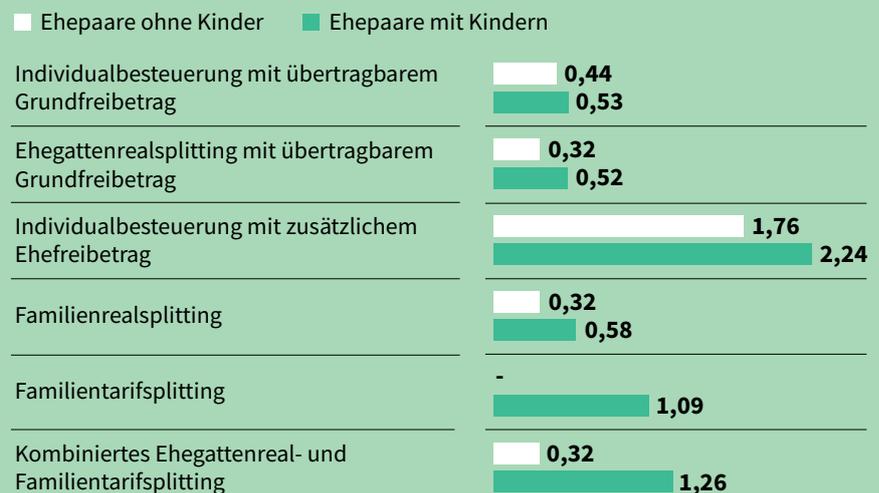
• **Individualbesteuerung mit zusätzlichem Ehefreibetrag.** Hierbei wird dem Ehepaar ein zusätzlicher – also dritter – Grundfreibetrag gewährt. Dieser kann allerdings nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn beide Partner jeweils ein zu versteuerndes Einkommen erzielen, das mindestens die Höhe des Grundfreibetrags erreicht. Wem der zusätzliche Freibetrag zugutekommen soll, entscheidet das Ehepaar.

Weitere Reformvarianten berücksichtigen auch die Zahl der Kinder im Haushalt:

• **Familienrealsplitting.** Dieses Modell kombiniert das Ehegatten-

Ehegattensplitting: Arbeitsanreize der Reformoptionen wirken kaum

Um so viel Prozent würden Frauen in diesen Familienkonstellationen die Zahl ihrer Arbeitsstunden voraussichtlich erhöhen, wenn das Ehegattensplitting durch eines der folgenden Modelle ersetzt würde



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

realsplitting mit Kinderfreibeträgen, die auf das Niveau des Grundfreibetrags für Erwachsene angehoben werden.

• **Familientarifsplitting.** Dieses Konzept erweitert das Ehegattensplitting um eine Kinderkomponente. Das gesamte Haushaltseinkommen wird also auf die Zahl der Familienmitglieder verteilt, sodass auch die niedrigeren Steuersätze der Kinder (ohne eigenes Einkommen) ausgenutzt werden.

• **Kombiniertes Ehegattenreal- und Familientarifsplitting.** Hierbei wird zunächst zwischen den Ehepartnern ein Realsplitting vorgenommen. Anschließend kann jeder Elternteil noch zu einem bestimmten Anteil eine Kindervergünstigung steuerlich in Anspruch nehmen.

Die einzelnen Modelle funktionieren also ganz unterschiedlich.

Dennoch zeigen Berechnungen auf der Basis des IW-Arbeitsmarktmoduls, dass fast alle den Zweitverdienern – bislang sind das noch immer meist die Frauen – Anreize bieten,

mehr zu arbeiten. Der Wermutstropfen: Die Effekte sind gering (Grafik):

Der stärkste Arbeitsmarktimpuls wäre bei einer Individualbesteuerung mit zusätzlichem Ehefreibetrag zu erwarten – doch auch dann würden Frauen die Zahl ihrer Arbeitsstunden im Schnitt nur um 2,2 Prozent erhöhen.

Ein wesentlicher Grund für die niedrigen Werte ist das bereits jetzt hohe Beschäftigungsniveau in Deutschland. Das gilt trotz des Ehegattensplittings auch für Zweitverdiener.

Alternativ oder zusätzlich könnte der Staat beispielsweise die frühkindliche Betreuung ausbauen und/oder die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten verbessern.

IW-Analysen Nr. 133

Martin Beznoska, Tobias Hentze, Susanna Kochskämper, Maximilian Stockhausen: Die Besteuerung von Ehepaaren in Deutschland – Ökonomische Effekte verschiedener Reformvorschläge
iwkoeln.de/besteuerung_ehepaare

Ein Fest für den Handel

Weihnachten. Das Geschäft boomt, der Handelsumsatz zum Fest ist in diesem Jahr so hoch wie nie. Dabei setzen die Bundesbürger zunehmend auf regionale und umweltfreundliche Produkte.

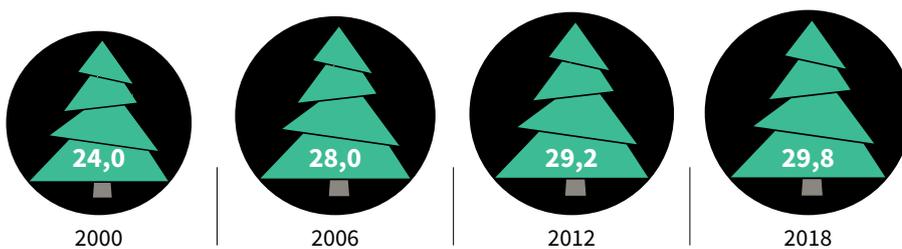
Gutes Essen, festliche Dekoration viele Geschenke: Weihnachtszeit ist Shoppingzeit. Laut Handelsverband Deutschland werden die Einnahmen der Einzelhändler im November und Dezember 2019 erstmals die Marke von 100 Milliarden Euro übersteigen. Zu keiner Zeit klingeln die Kassen häufiger als im Weihnachtsgeschäft – der gesamte Einzelhandel erzielt im November und Dezember rund ein Fünftel seines Jahresumsatzes.

Bei ihren vorweihnachtlichen Einkaufstouren achten die Bundesbürger aber zunehmend auf die Umwelt. Zwar dürfen Lichterketten und Leuchtfiguren nicht fehlen – einer Umfrage zufolge erhellen in diesem Jahr rund 17 Milliarden Lämpchen die deutschen Haushalte. Dabei greifen die Bundesbürger allerdings immer stärker auf stromsparende LED-Technik zurück, sodass der Stromverbrauch zu Weihnachten zuletzt gesunken ist.

Im Trend liegen auch regionale Weihnachtsbäume: Von den zum Fest verkauften Fichten und Tannen stammen immer weniger aus dem Ausland. Zudem liegen deutsche Bio-Weihnachtsbäume im Trend – in den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl der entsprechenden Verkaufsstände versiebenfacht.

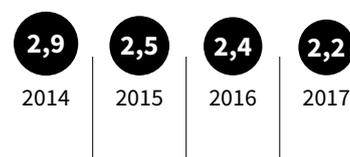
A Tännchen, please

So viele Millionen Weihnachtsbäume wurden in Deutschland verkauft



Mehr Bäume aus der Region

So viele Millionen Weihnachtsbäume wurden nach Deutschland importiert



Weihnachtsartikel im Wert von

127,2
Millionen Euro

wurden 2017 nach Deutschland importiert – knapp 70 Prozent davon aus China



8

Personen beschenkt jeder Bundesbürger im Schnitt zum Fest

Die Kassen klingeln

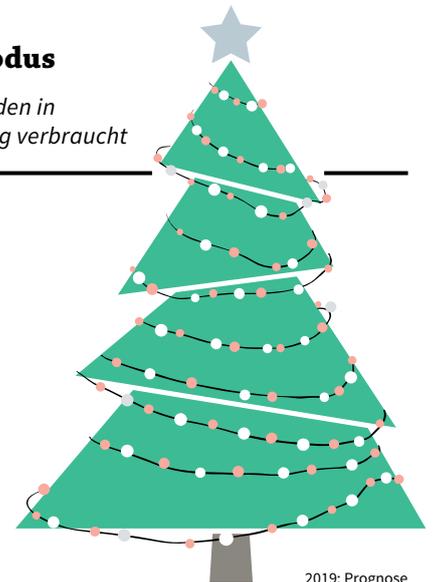
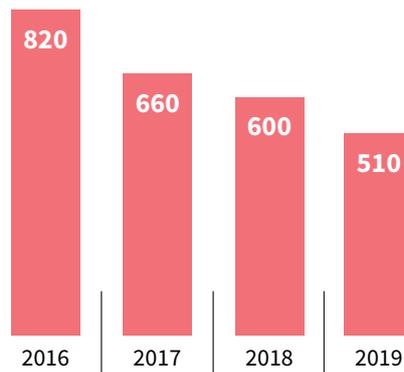
Umsatz im Weihnachtsgeschäft in Milliarden Euro



2019: Prognose; Weihnachtsgeschäft: Handelsumsatz im November und Dezember

Lichterglanz im Energiesparmodus

So viele Millionen Kilowattstunden Strom wurden in Deutschland durch die Weihnachtsbeleuchtung verbraucht



2019: Prognose



145 Millionen

Schoko-Nikoläuse wurden 2018 in Deutschland produziert – rund ein Drittel davon verkauften die Hersteller ins Ausland

Quellen: Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie, Handelsverband Deutschland, Hauptverband der Deutschen Holzindustrie, LichtBlick SE, Statistisches Bundesamt
© 2019 IW Medien / iwd

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)

Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.),
Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg,
Carsten Ruge, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Anja Hüpper

Grafik: IW Medien GmbH

Telefon: 0221 4981-255

Fax: 0221 4981-99255

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:

€ 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,

Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag:

Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



Top-Liste: Wohnpreise

Im Schnitt wenden Haushalte in der EU 24 Prozent ihrer Konsumausgaben für das Wohnen auf, insgesamt kamen so 2018 rund 2.100 Milliarden Euro zusammen. Damit ist das Wohnen der größte Posten im Haushaltsbudget. An zweiter Stelle stehen mit 13 Prozent die Aufwendungen für Verkehrsmittel, 12 Prozent gehen für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke drauf. Doch Wohnen ist nicht überall gleich teuer. In Malta etwa machen die Kosten für ein Zuhause nur 10 Prozent der laufenden Ausgaben aus, in Litauen und Zypern sind es jeweils 15 Prozent. Deutschland liegt mit einer Wohnkostenbelastung von 23,6 Prozent knapp unterhalb des EU-Durchschnitts.

Wohnkosten: Große Unterschiede

So viel Prozent ihrer Konsumausgaben wendeten die Haushalte in der EU im Jahr 2018 für das Wohnen auf

1. Finnland	28,5
2. Dänemark	28,1
3. Slowakei	27,7
4. Frankreich	26,3
5. Vereinigtes Königreich	26,0
...	
12. Deutschland	23,6
...	
24. Portugal	17,6
25. Kroatien	16,8
26. Zypern	15,1
27. Litauen	15,0
28. Malta	10,3

Wohnen: inklusive der Kosten für Wasser, Strom und Heizung; Frankreich, Portugal, Kroatien, Zypern: vorläufig

Quelle: Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Zahl der Woche



42,3 Prozent

der rund 10.500 grundständigen Studiengänge, die in Deutschland im laufenden Wintersemester angeboten werden, sind zulassungsbeschränkt. Vor zehn Jahren traf dies noch auf 52 Prozent der grundständigen Studienangebote zu – das sind jene, die zu einem ersten berufsbeihiligenden Abschluss führen. Allerdings gibt es zwischen den einzelnen Ländern große Unterschiede: In Thüringen sind lediglich gut 17 Prozent der Studiengänge mit einem Numerus clausus oder einer anderen Hürde belegt, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt jeweils 26 Prozent. Den höchsten Anteil zulassungsbeschränkter Studienangebote hat mit mehr als 68 Prozent Berlin.

Neu auf iwd.de: Wie geht es weiter mit der WTO?

Weil die USA sich querstellen, muss die Berufungsinstanz im Rahmen des Streitschlichtungsverfahrens der Welthandelsorganisation ihre Arbeit beenden. Welche Konsequenzen das hat, lesen Sie auf iwd.de.



Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen die IW Medien, den Bezugspreis des iwd im Jahr 2020 auf 11,89 Euro je Monat inklusive Mehrwertsteuer und Versand anzuheben.